

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich 5- Jugend und Soziales	Datum 19.01.2004
	Schriftführerin Telefon-Nr. Karin Fritsche 02202/142863
Niederschrift	
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- u. Sozialausschuss)	Sitzung am Dienstag, 2. Dezember 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer 16:00 Uhr - 18:50 Uhr
	Unterbrechungen (18:13 Uhr bis 18:20 Uhr)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
- 2. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)**
640/2003
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.10.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 14.10.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
589/2003
- 5. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 6. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

- 462/2003
7. **Errichtung eines Kinderhauses in Bergisch Gladbach**
606/2003
 8. **Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder nach dem Bergisch Gladbacher Modell.**
575/2003
 9. **Beitrag des Aufgabenbereichs "Tagesbetreuung für Kinder" zum Haushaltssicherungskonzept einschließlich der Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten**
591/2003
 10. **Neues Finanzierungs- und Standortmodell für die Offene Jugendarbeit**
473/2003
 11. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift vom 14.10.2003 im Bereich Jugend - nichtöffentlicher Teil-**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift vom 14.10.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 14.10.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
590/2003**
- 3. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
594/2003**
- 5. Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Arbeitsamt zur Einrichtung einer gemeinsamen Anlaufstelle "Servicebüro Arbeit und Soziales" ab
01.01.2004
599/2003**
- 6. Antrag der CDU-Fraktion vom 10.11.2003 auf Überprüfung der Anwendbarkeit des "Herner Modells" auf die Stadt Bergisch Gladbach
616/2003**
- 7. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**

Protokollierung

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus:

- Sitzungstermine des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) für das Jahr 2004
- Mitteilungsvorlage (öffentlicher Teil) für die Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.2003 „Bericht aus dem Ausländerbeirat“
- Einladung zur Diskussionsveranstaltung „Jugend trifft Politik“ am 20. Januar 2004 um 18.00 Uhr im Café Leichtsinn

Einladung zur Abschlusspräsentation Internationales Jugendcamp Bergisch Gladbach 2003 am 04. Dezember 2003, 16.00 Uhr, im Rathaus Bergisch Gladbach

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

@-> Frau Bendig eröffnet die 24. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 16.00 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Kinder, die mit ihren Eltern im Zuschauerbereich Platz genommen haben. Die Vorsitzende gibt bekannt, dass Herr Köchling verhindert ist. Für ihn ist Frau Evertz erschienen. Herr Dr. Kassner nimmt für Herrn Kötje teil. Die Vorsitzende stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau Bendig freut sich über die zahlreichen Besucher/innen. Dies zeigt, dass sich auch die Eltern sehr große Sorgen und Gedanken über die Fortführung der Kinder- und Jugendarbeit und die Kindertagesstätten machen.

2 <-@ Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

@-> Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

@-> <-@
Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bestellt Frau Ka-

**rin Fritsche zur stellvertretenden Schriftführerin des Jugendhilfeausschusses
(Jugendhilfe- und Sozialausschuss)**

<-@
3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.10.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 14.10.2003 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

<-@
4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 14.10.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@
5 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Mitteilungen der Vorsitzenden liegen nicht vor.

<-@
6 Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Frau Wöber-Servaes dankt auch im Namen der CDU-Fraktion dem Verein „Bürger für uns Pänz“ für den Zuschuss für die Elternbriefe.

Herr Hastrich weist daraufhin, dass vor der ersten Ratssitzung in 2004 zwei Jugendhilfeausschusssitzungen eingeplant wurden, da beabsichtigt ist, in der Sitzung am 28. Januar 2004 umfassend über die Beschlüsse auf Bundesebene hinsichtlich der Umgestaltung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu informieren. Die Verwaltung wird sich bemühen, die Tagesordnung nur auf diesen einen Tagesordnungspunkt zu beschränken, ggf. werden verschiedene Angelegenheiten aus der heutigen Sitzung noch nachgearbeitet werden müssen.

<-@
7 Errichtung eines Kinderhauses in Bergisch Gladbach

@-> Frau Bendig gibt bekannt, dass das Thema Kinderhaus in der heutigen Sitzung nur diskutiert werden kann. Ein Beschluss ist im heutigen Ausschuss nicht möglich, da seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf besteht. Weitere Diskussionen sollen in der Sitzung am 28. Januar 2004 geführt werden.

Frau Wöber-Servaes beantragt offiziell für die CDU-Fraktion die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, weil die Fraktion noch Beratungsbedarf hat. Die CDU-Fraktion sieht zwar den Nutzen dieses Kinderhauses, möchte sich aber insbesondere wegen der Finanzierung noch beraten.

Frau Bendig fragt die Anwesenden, ob irgendwelche Gründe gegen diese Verfahrensweise sprechen. Alle Anwesenden sind damit einverstanden.

Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder nach dem Bergisch Gladbacher Modell.**@->**

Frau Bendig verweist darauf, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht mitträgt. Im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ist ein anderer Beschluss gefasst worden (Anlage).

Herr Kotulla führt für die Verwaltung aus:

Ziel dieser Vorlage ist, dem drohenden qualitativen und quantitativen Zusammenbruch der Ganztagsbetreuung entgegenzuwirken. Der Erlass der Landesregierung stellt ab auf eine Versorgungsquote von nur 25 %. Dies stellt eine Verschlechterung der Versorgungslage um fast 3 Prozentpunkte (ca. 125 Plätze) dar. Die fehlende Landesförderung für die Schülertreffs am 31.12.2005 und von Horten und Schulkinderhäusern mit dem Schuljahr 2007/08 kann durch städtische Haushaltsmittel nicht ausgeglichen werden.

Der Entwurf des Änderungserlasses für die Offene Ganztagschule des Ministeriums für Schule, Jugend und Kultur des Landes NRW erklärt deutlich, dass die Angebote der Ganztagsbetreuungen aus Horten, Schulkinderhäusern sowie Schülertreffs schrittweise zu Gunsten der Offenen Ganztagschule bis 2007 aufgegeben werden müssen.

Aus diesem Grunde ist die Verwaltung gehalten, mit diesen gekürzten Ressourcen eine qualitative und quantitative Alternative zu entwickeln.

Herr Kotulla geht abschließend besonders auf die Horte ein, deren Qualität unstrittig ist. Allerdings kann die Stadt nicht den Bestand alleine finanzieren. Darüber hinaus ist der erforderliche Ausbau der Betreuung für Grundschüler so nicht zu realisieren.

Frau Bendig bedankt sich bei Herrn Kotulla und betont nochmals, dass dies sehr schwierig ist, was die Verwaltung nun vor hat. Frau Bendig sieht einen Bruch mit den bisherigen Konzepten, die in Bergisch Gladbach hervorragend entwickelt worden sind. Es beinhaltet eine komplette Strukturänderung.

Herr Hastrich berichtet, dass sich der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport sowie der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann in den letzten Sitzungen mit dem Antrag beschäftigt haben.

Der Beschluss des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, der mehrheitlich mit den Stimmen der CDU gefasst wurde, wird als Tischvorlage verteilt (s. Anlage).

Im Gleichstellungsausschuss (AGFM) wurde ergänzend zu Punkt 1 des Beschlusses im ABKSS beschlossen:

„Das Betreuungsangebot soll während der Ferien fortgeführt und mit einem vom Standardangebot abweichenden besonderen Ferienangebot versehen werden.“

Herr Schnöring fragt an, um welche zwei Schulen es sich handelt.

Frau Münzer teilt mit, dass die CDU-Fraktion diese zwei Schulen nicht benennen möchte, sondern dies der Verwaltung überlassen wird.

Frau Wöber-Servaes gibt dazu eine persönliche Erklärung ab. Sie ist nicht der Meinung, dass man für dieses Projekt nur zwei Schulen nehmen sollte, sondern mehrere Schulen. Welche Schulen dies sein sollen, liegt bei der Verwaltung. In diesem Punkt liegt Frau Wöber-Servaes nicht im Konsens mit der CDU-Fraktion. Dem Inhalt des Konzepts stimmt sie jedoch zu.

Herr Neuheuser betont, dass das Konzept, das die Landesregierung vorschreibt, unter einem Niveau ist, worauf man deutlich aufsatteln muss, was die Verwaltung durch das vorliegende Konzept getan hat. Die Betreuung, die derzeit geleistet wird, sowie die Anzahl der betreuten Kinder reicht nicht aus. Um dieses System weiter auszubauen, ist das Konzept der Verwaltung eine gute Vorlage. Die Kostenneutralität muss gegeben sein. Dies wird schon durch das Haushaltssicherungskonzept vorgeschrieben. Herrn Neuheuser ist es allerdings unklar, warum nur mit zwei Schulen begonnen werden soll. Der Ausstieg aus der Doppelförderung für das Schuljahr 2007/2008 ist beschlossen und kann auch so schnell nicht rückgängig gemacht werden. Selbst wenn bei der Landtagswahl 2005 andere Ergebnisse herauskommen sollten, wird man nicht dazu kommen, bereits im Schuljahr 2007/2008 ein anderes Konzept einzuführen. Herrn Neuheuser ist es unverständlich, wie denn im Schuljahr 2006/2007 weitere 20 Schulen einsteigen können. Das ist aus rein organisatorischen und finanziellen Gründen nicht möglich. Es wird außerdem angezweifelt, dass ein Antrag auf Investivmittel für 22 Schulen vom Land bewilligt wird, wenn das Konzept nur für zwei Schulen beschlossen wird. Herr Neuheuser ist der Meinung, dass die Stadt das Geld für dieses Projekt nicht bekommt, wenn erst im Jahre 2006/2007 die Anträge für weitere Schulen gestellt werden, denn dann sind einfach keine Finanzmittel mehr da. Das Gesamtkonzept wird durch den neuen Beschluss zerstört. Außerdem werden Ganztagschulen an vielen Standorten benötigt, um alle Bevölkerungsschichten einzubeziehen.

Ein anderer Aspekt ist, dass die Fachkräfte weiterbeschäftigt werden müssen. Diesen Fachkräften muss ein Übergang in neue Arbeitsstellen ermöglicht werden. Wenn nur mit 2 Schulen in das Projekt eingestiegen wird, ist das nicht möglich.

Herr Neuheuser ist der Meinung, dass eine Umstellung in nur zwei Schulen im Endeffekt teurer wird.

Herr Hoffstadt unterstützt die inhaltlichen Aspekte von Herrn Neuheuser.

Aufgrund der Finanzknappheit des Landes muss trotzdem ein bildungspolitisches Konzept aufgegriffen werden. Die Verwaltung ist dem inhaltlich begegnet, indem sie das Bergisch Gladbacher Modell entwickelt hat. Herr Hoffstadt führt das Beispiel der Stadt Düsseldorf an, wo der Rat der Stadt einstimmig die Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule beschlossen hat. Dort wurde das Projekt durch die Stadt mitfinanziert.

Der Vorschlag der Verwaltung wird von der SPD-Fraktion favorisiert.

Über den finanzpolitischen Aspekt wird noch im Rat sowie im Finanzausschuss gesprochen werden. Im Grunde ist es so, dass die CDU in Bergisch Gladbach an einer „kollektiven Amnesie“ leide, da durch die Haushaltsbeschlüsse 2003 und dem damit in Verbindung stehenden Haushaltssicherungskonzept bereits finanzpolitisch die Einführung der Offenen Ganztagschulen und die parallele Schließung von Horten be-

geschlossen wurde. Sollte der Rat in seiner nächsten Sitzung dem CDU-Antrag beschließen, fehlen 700.000 €.

Herr Hoffstadt greift einen Pressebericht über die Sitzung des AGFM auf, in dem Frau Holtzmann zitiert wird:

„Allzu leidvolle Erfahrungen wolle man den Kindern ersparen.“

Mit den Haushaltsplanberatungen 2003 wurde die 3. Fachkraftstelle in den Kleinen Altersgemischten Gruppen gestrichen. Damit wird einer Standardverschlechterung in extremer Weise zugestimmt. Herr Hoffstadt ist der Meinung, dass es der CDU-Fraktion nicht um die Kinder, sondern um reine Parteipolitik geht. Herr Hoffstadt spricht keine einzelnen Personen an, sondern die Fraktion. Er ist der Meinung, dass die Verwaltung nicht in der Lage ist, bis 2007 ein vernünftiges Konzept durchzuführen, wenn der Beschluss in der von der CDU beabsichtigten Weise gefasst wird.

Frau Schöttler-Fuchs knüpft an den Beitrag von Herrn Hoffstadt an. Sie führt aus, dass sie im Gleichstellungsausschuss anwesend war und den Eindruck hatte, dass es eine rein ideologische Diskussion war bis hin zur Abstrafung der Landespolitik, und nicht, dass für Kinder vor Ort mit den wenigen Mitteln, die da sind, ein einigermaßen qualitativ gutes pädagogisches Angebot entwickelt werden soll (sprich: Bergisch Gladbacher Modell).

Weiterhin führt sie aus, dass 7 Schulleiter von insgesamt 21 Schulen, die es in Bergisch Gladbach gibt, bereit sind, für die berufstätigen Eltern diese Arbeit zu machen, daran gehindert werden, diese pädagogische Arbeit zu leisten; auch bezogen auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit, sind nur zwei Schulen einfach zu wenig.

Frau Bendig gibt zu bedenken, dass manche Behauptungen und Unterstellungen, auch wenn sie mehrfach und laut vorgetragen werden, nicht richtiger werden.

Frau Wöber-Servaes begründet, warum sie nicht damit einverstanden ist, dass man zunächst mit nur zwei Schulen beginnt. Dies ist wiederum eine persönliche Erklärung, die sie in der Öffentlichkeit ablegen möchte. Einer der Gründe, warum sie in die Politik gegangen ist, dass sie sich immer dafür eingesetzt hat, dass in der Bundesrepublik Deutschland ein alternatives Angebot an Ganztagschulen entwickelt wird. In ihrem Heimatland Belgien ist dies eine Selbstverständlichkeit. Sie selbst hat immer eine Ganztagschule besucht, sowohl in der Grundschule als auch in der weiterführenden Schule. Sie widerspricht Herrn Hoffstadt in der Weise, dass sie dies nicht in eine parteipolitische Schiene heben will. Sie persönlich ist einfach froh, dass darüber nachgedacht wird. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass auch sie nicht mit der Qualität in Düsseldorf einverstanden ist. Sie ist dankbar, dass die Verwaltung nun ein vernünftiges Konzept ausgearbeitet hat. Warum soll Bergisch Gladbach nicht ein Modell entwickeln, was später auch von anderen Städten so angenommen wird. Es erscheint dringend notwendig, dass die Bundesrepublik Deutschland nun endlich ein solches Alternativangebot macht. Qualität steht vor Quantität! Da ist sie mit ihrer Fraktion absolut einig, nur nicht über die Anzahl der Schulen.

Herr Schnöring betont, dass die Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich, die die Landesregierung zur Zeit durchführt, nicht tragbar sind. Die Problematik ist, dass die

Parteien hier nichts dran ändern können. Man muss sich mit den Konsequenzen auseinandersetzen und die Möglichkeiten, die man mit den geringeren Mitteln hat, ausschöpfen. Und da ist dieses Konzept der Verwaltung sinnvoll, obwohl er bei der Offenen Ganztagschule die nicht so hohe Qualität sieht (z. B. Verschulung von Freizeit, Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe). Man kann nur diese Erfahrungen machen, auch sieht er aus finanziellen Gründen keine anderen Möglichkeiten.

Frau Lehnert knüpft an die Inhalte der Vorredner an. Sie sieht allerdings nur die Finanzen im Vordergrund. Im ursprünglichen Konzept wurden 232 € aufgesattelt pro Kind pro Jahr. Wenn nun die Mittel für die Tagesgruppe herausgenommen werden, bleiben 120 € pro Kind pro Jahr übrig. Sie stellt die Frage, was man damit qualitativ höherwertig machen kann.

Sie erklärt, dass an den Nachmittagen die Kinder nicht von Lehrern, sondern von anderen Institutionen betreut werden. Sie spricht sich eher für eine richtige Ganztagschule mit durchgängigem Unterricht aus. Sie sieht die Anzahl der Schulen, an der das Bergisch Gladbacher Modell eingeführt werden soll, für den Anfang richtig, um Erfahrungen zu sammeln. Im Schuljahr 2005/06 steigen dann weitere Schulen in das Modell ein und 2006/07 weitere Schulen.

Frau Münzer hält ein Plädoyer für die Ganztagschulen. Sie schließt sich den Ausführungen von Frau Lehnert an. Sie ist grundsätzlich nicht gegen Ganztagschulen, aber dann in einer Form, die pädagogisch zu vertreten ist. Dies hält die CDU-Fraktion in der Durchführung mit direkt 7 Schulen für nicht durchführbar.

Herr Neuheuser lobt ausdrücklich die Verwaltung. Er bezieht sich auf einen Presseartikel, wo Angriffe auf Herrn Hastrich gefahren worden sind, die von der KIDinitiative nicht getragen werden können. Herr Hastrich macht das beste Konzept mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.

Herr Neuheuser greift den Vortrag von Frau Lehnert auf. Auch die KIDinitiative ist für eine bessere Qualität in der Betreuung. Wenn das derzeitige Konzept so weitergeführt wird, gibt es 2007 nur noch 0 € für die Kinder. Dadurch wird die Qualität immer weiter sinken.

Herr Hoffstadt bemerkt, dass die Hortplätze in den altersgemischten Hortgruppen bestehen bleiben sollen. Es werden nur die reinen Hortgruppen vom Land nicht mehr bezuschusst werden. Er gibt Frau Lehnert zu bedenken, dass es bei einer Auswertung der Erfahrungen mit den beiden Grundschulen Ende 2005 nicht möglich sein wird, Ende 2006 alle Schulen ans Netz anzuschließen. Er gibt die organisatorische und pädagogische Problematik zu bedenken. In zwei Jahren sind keine weiteren 19 Ganztagschulen aufzubauen.

Die SPD-Fraktion stimmt nicht zu, dass die Verwaltung die Schulen aussucht. Dies soll parlamentarisch entschieden werden und nicht der Verwaltung überlassen werden.

Frau Bendig fragt Herrn Hastrich, wann der Antragsschluss für die Beantragung der Mittel ist.

Herr Hastrich gibt bekannt, dass der 31. Januar der letzte Termin für das Schuljahr ist,

Investivmittel zu beantragen. Der 30. April ist der letzte Termin, um Betriebskosten für das kommende Schuljahr zu beantragen. Das kann jedes Jahr wiederholt werden. Der letzte Termin ist der 31.01.2007 und der 30.04.2007, weil im Schuljahr 2007/2008 alle Einrichtungen ans Netz sollen.

Frau Schöttler-Fuchs geht noch mal auf die Inhalte ein. Das Konzept, das die Landesregierung vorlegt, muss auch im Gesamtzusammenhang gesehen werden. Sie nennt die Stichworte „Bildungsvereinbarung“, „Schulanforderungsprofil“ und Zusammenarbeit Schule/Jugendhilfe.

Sie ist der Meinung, dass die 7 Schulen sich bereits ihre Gedanken gemacht und sich auf den Weg begeben haben und dass man mit dem Konzept der Verwaltung sehr gut arbeiten kann.

Frau Lehnert entgegnet Herrn Hoffstadt. Im Gleichstellungsausschuss gab es eine Sitzungsvorlage „Überlegungen und Entscheidungen des Landes“, woraus hervorgeht, dass die Großen Altersgemischten Gruppen sehr wohl mit in die Offene Ganztagschule aufgehen sollen. Frage an Herrn Hoffstadt: Von wann datiert sein Kenntnisstand, dass dies jetzt doch nicht so sein soll?

Herr Hoffstadt antwortet, dass es so kommen wird, weil kein Mensch daran interessiert sein kann, die Großen Altersgemischten Gruppen zu schließen.

Herr Dr. Kassner geht auf den Beschluss, den der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport gefasst hat, ein. Es muss richtig heißen: Ende des Schuljahres und nicht Ende des Jahres 2005. Dann kann man sich auf das Schuljahr 2005/2006 kaprizieren und man gewinnt ein Jahr.

Die Verwaltung soll gebeten werden zu empfehlen, welche Schulen am besten für das Bergisch Gladbacher Modell geeignet ist. Herr Dehler hat im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport Kriterien genannt, die evtl. ermöglichen auszuwählen, welche 2 von den 7 Schulen geeignet sind, in das Modell einzusteigen.

Die Kriterien sollten sein:

1. das pädagogische Konzept
2. das soziale Umfeld, in der sich die Schule befindet und
3. die baulichen Voraussetzungen

Es wird durch die Landesregierung zu Lasten der Kinder gespart und die gut ausgestatteten Horte abgeschafft zu Gunsten einer Ganztagsgrundschule, die pädagogisch bei weitem nicht die gleiche Qualität hat.

Herr Hoffstadt findet die Argumentation von Herrn Dr. Kassner völlig widersprüchlich.

Herr Neuheuser greift die Wortmeldung von Herrn Dr. Kassner auf. Er kritisiere auch die Arbeit auf Landesebene. Diese Ergebnisse müssen jedoch hingenommen werden. Falls die CDU-Fraktion die Arbeit verbessern möchte, ist sie gehalten, mehr Geld zu

investieren. Die Gelder dafür müssten dann im städtischen Haushalt gefunden werden.

Herr Kotulla gibt zu bedenken, dass die derzeitige Situation neu und sehr schwierig zu lösen ist. Er betont nochmals, dass das, was die Verwaltung vorschlägt, nicht das Konzept des Landes ist. Die Verwaltung hat versucht, aus dem Konzept des Landes etwas qualitativ Besseres zu machen. Herr Hastrich und Herr Dr. Speer haben gerade auch im pädagogischen Bereich dieses Konzept enorm angereichert. Herr Kotulla versteht die Sorgen bezüglich der Finanzierbarkeit auf Dauer. Auch als Kämmerer weist er auf die schlechte Finanzlage der Stadt hin. Weiterhin zeigt er den Zusammenhang mit dem nächsten Tagesordnungspunkt „Tagesbetreuung für Kinder“ auf. Die Verwaltung hat versucht ein Konzept zu erstellen, das auch finanziell tragbar ist im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes. Die Anwesenden sind aufgefordert die Zeit zu nutzen, um während der Haushaltsplanberatungen über den Sachverhalt noch einmal nachzudenken bzw. mit der Verwaltung gemeinsam zu überlegen, wie ansonsten ein Haushaltssicherungskonzept, das genehmigungsfähig ist, noch Bestand haben soll. Was nicht möglich ist, ist Gelder bereit zu stellen, die das Land kürzt.

Herr Dr. Kassner erkennt an, dass die Verwaltung sich sehr große Mühe gemacht hat. Aus diesem Grunde teilt er auch nicht die ungerechtfertigte Kritik in der Presse.

Weiterhin macht er auf das zweigeteilte Konzept beim Betreiben von Schulen aufmerksam. Die Stadt als Schulträger stellt das Gebäude zur Verfügung sowie Sekretariat und Hausmeister, das pädagogische Personal wird vom Land bezahlt. So ist das an allen Schulen, so auch an der Integrierten Gesamtschule Paffrath. Dort gehen die Kinder nachmittags in die Schule und werden von Lehrern betreut. Bei der Offenen Ganztagsgrundschule werden die Kinder nachmittags nicht von Lehrern betreut, die demzufolge auch nicht vom Land bezahlt werden. Man versucht, die pädagogische Betreuung auf den Schulträger abzuwälzen. Dieses Konzept kann die CDU nicht mittragen. Das ist der Grund, warum man nur mit zwei Schulen in das Bergisch Gladbacher Modell starten möchte.

Frau Wöber-Servaes fragt die Verwaltung, ob es möglich ist, diesen Beschluss in zwei Teilen zu fassen. Einmal geht es um die Anzahl der Schulen und zum anderen um den Inhalt.

Herr Kotulla antwortet, dass der ABKSS beschlossen habe, dass die Verwaltung beauftragt wird, das vorgestellte Bergisch Gladbacher Modell zur Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern umzusetzen. Er zitiert den 2. Satz: „Im Jahre 2004 ist mit zwei Schulen zu beginnen.“

Frau Bendig lässt zunächst über den weitergehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

7 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

Auf Bitte von Herrn Dr. Kassner wird das Abstimmungsergebnis noch einmal überprüft.

Da der Beschlussvorschlag angenommen wurde, erübrigt sich die Abstimmung über den Vorschlag der CDU.

Herr Dr. Speer verlässt um 17.10 Uhr die Sitzung.

9 <-@
Beitrag des Aufgabenbereichs "Tagesbetreuung für Kinder" zum Haushaltssicherungskonzept einschließlich der Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten

@-> Frau Bendig erklärt, dass die CDU gebeten hat, dass die in der Beschlussvorlage aufgeführten drei Punkte einzeln abgestimmt werden, da der 1. Punkt noch in der Fraktion beraten werden soll.

Herr Hastrich erklärt, dass sich der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann (AGFM) mit der Vorlage beschäftigt hat. Die Mitglieder des AGFM haben den Inhalt der Beschlussvorlage zur Kenntnis genommen, aber keinen Beschluss gefasst.

Herr Hastrich nimmt zu einem Zeitungsbericht Stellung. Er möchte den Eindruck berichtigen, dass er der Auffassung wäre, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Horten lediglich 3 Stunden arbeiten würden, aber 8 Stunden bezahlt bekommen. Das ist eine Erfindung desjenigen, der den Artikel geschrieben hat, aber nicht seine Auffassung. Selbstverständlich hat er Respekt vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Horten und weiß, dass diese täglich ihre Arbeit leisten. In dem Gespräch, das diesem Artikel zugrunde lag, ging es um die Gesamthematik Kindertageseinrichtungen, Horte und Offene Ganztagsgrundschulen. Bei diesem Gespräch hat Herr Hastrich gesagt, dass es notwendig ist, sich über die Verteilung von Ressourcen Gedanken zu machen.

Zur Antragstellung und zur Fragestellung der Planung ist zu sagen, dass gerade angesichts der Unsicherheiten eine abgestimmte Schulentwicklungsplanung und Kindertagesstättenplanung erforderlich ist, um die Ungewissheiten im Jugendhilfeausschuss und Schulausschuss miteinander so abarbeiten zu können, dass die sich verändernden Bedingungen berücksichtigt werden können. Insofern ist das Anliegen nicht darauf abgezielt, schnell einen Beschluss zu fassen, sondern die Verwaltung damit zu beauftragen, beiden Ausschüssen und letztlich auch dem Rat kontinuierlich zu berichten und diese in die Lage zu versetzen politisch zu beschließen, was das jeweilige Ziel sein soll.

Herr Neuheuser erinnert daran, dass man sich in der letzten Sitzung mit der Bildungsvereinbarung für Kindertagesstätten auseinandergesetzt habe. Wenn man Bildungsarbeit im Sinne von PISA auch in Kindertagesstätten leisten will, dann kann man nicht auf der anderen Seite solch hohe Summen in diesem Etat sparen. Insoweit wird die KIDinitiative gegen diese Vorlage stimmen.

Frau Lehnert hat zwei inhaltliche Fragen. Sie verweist auf Seite 40, Punkt 4.5.3, „Diese Regelung soll ausgeweitet werden auf den Fall, dass kein Einvernehmen über die personelle Besetzung erzielt werden kann.“ Sie fragt nach der Bedeutung dieses Satzes.

Weiterhin verweist sie auf Seite 43, Punkt 2.4 „Um flexibel der Nachfrage entsprechen zu können, soll auf das Mittelwertkonzept zurückgegriffen werden, wonach die Regelgruppenstärke im Jahresmittel zu erreichen ist.“

Sie fragt nun, was das für den kommunalen Anteil bedeutet und ob sich irgendetwas ändert.

Herr Hastrich antwortet, dass sich für den kommunalen Förderanteil durch das Mittelwertkonzept nichts ändern wird. Das ist nur eine Frage der Auslastung der Gruppen.

Zur ersten Frage nimmt Herr Hastrich wie folgt Stellung:

Wenn keine Verständigung stattfindet ist beabsichtigt, dass die Stadt keine zusätzliche Förderung mehr leistet. Die Sonderförderung wird reduziert, weil keine Vereinbarungen im Sinne der Stadt zustande gekommen ist.

Herr Hoffstadt erklärt, dass sich die SPD-Fraktion schon in den Haushaltsplanberatungen vehement gegen Kürzungen im Elementarbereich überhaupt und insbesondere in den Kleinen Altersgemischten Gruppen gewandt hat. Man weiß, dass die entscheidende und prägende Phase für Kinder in der Zeit bis zum 3./4. Lebensjahr abläuft. Insoweit bleibt die SPD dabei, dass sie die Kürzungen im Elementarbereich, insbesondere die Personalkürzungen nicht unterstützen wird.

Frau Münzer fragt zu Seite 43, Punkt 2.4/3. Absatz, ob mit dem Mittelwertkonzept die Einnahmen bei den Elternbeiträgen sinken werden.

Herr Hastrich erklärt, dass der Mittelwert davon ausgeht, dass im Durchschnitt im Jahr 25 Kinder die Gruppe besuchen, so dass auch im Durchschnitt für 25 Kinder Elternbeiträge gezahlt werden. Letztendlich hängt es von der tatsächlichen Belegung in der Einrichtung ab, wie hoch die gesamten Elternbeiträge tatsächlich sein werden.

Herr Kikol hinterfragt die Antwort auf die Frage von Frau Lehnert. Auch er moniert die Mittelkürzung der Stadt, wenn man sich über die personelle Besetzung nicht einigt. Bei dieser Formulierung heißt das, dass die Stadt den Trägern die Erzieherin X oder Y vorschreiben könnte, also nicht nur die Zahl oder den Umfang, sondern sogar die einzelnen Personen. An dieser Stelle muss eine Einschränkung eingefügt werden.

Herr Hastrich erklärt das Wort „Besetzung“. Es geht in diesem Zusammenhang nicht um eine Besetzung mit einer bestimmten Person, sondern gemeint ist der Beschäftigungsumfang. Grundlage dieser Diskussion ist das Personaltableau des Landes. Das Wort „Besetzung“ könnte man durch das Wort „Ausstattung“ ersetzen.

Frau Bendig stimmt dem zu, dass man das richtig in die Vorlage schreiben sollte.

Herr Kotulla sagt zu, dass dies geändert wird.

Frau Wöber-Servaes fragt die Verwaltung bezüglich Seite 32, 3.1, „Zeitnahe Sachbearbeitung bei der Verwaltung des Jugendamtes“, „Die Verwaltung ist fest entschlossen zu einer zeitnahen Bearbeitung ...“, ob sich in dieser Angelegenheit schon etwas geändert hat.

Herr Pfarrer Kern richtet die Frage an Herrn Hastrich bezüglich einer Stellungnahme zu den Punkten 3.7 (Abbau von 22 Hortgruppen) und 3.8 (Umwandlung von 373 Hortplätzen in Kindergarten- und Krippenplätzen) – Seite 34/35 der Vorlage -.

Herr Dr. Kassner bekundet, dass die CDU-Fraktion zu den Punkten 3.7 – 3.9 (Abbau der Schülertreffs) nicht beraten möchte, da diese erst in der Haushaltsberatung besprochen werden müssen. Er bittet daher, dass Punkt 1. zum Beschlussvorschlag von der Tagesordnung gestrichen wird.

Frau Bendig ist der Meinung, den ganzen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu streichen.

Die CDU-Fraktion, so Herr Dr. Kassner, möchte allerdings den Punkt 2. (Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten) beschließen.

Herr Pfarrer Kern gibt jedoch zu bedenken, dass die anwesenden Zuschauer sich besonders für diesen Tagesordnungspunkt interessieren und über die Positionen der Fraktionen informiert werden möchten.

Herr Hoffstadt ist ebenfalls der Meinung, dass zumindest über das Thema diskutiert und allen Anwesenden die Gelegenheit gegeben werden sollte, Stellung zu nehmen.

Herr Hoffstadt fordert die Verwaltung auf, zu dem Tagesordnungspunkt Stellung zu nehmen.

Herr Hastrich bekundet, dass seit einem $\frac{3}{4}$ Jahr mit den freien Trägern der Jugendhilfe verhandelt wurde, wie es möglich sein könnte, den Ratbeschluss umzusetzen, 783.000 € im Rahmen der Haushaltssicherung einzusparen. Das Ergebnis sind die beiden Vorlagen zu diesem und dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt, die ineinander greifen aus räumlichen, personellen sowie inhaltlichen Gründen. Es ist so, wie auch bereits Herr Kotulla ausgeführt hat, dass die Verwaltung davon ausgeht, dass die landesrechtliche Situation bis zum Jahr 2007 sich nicht verändert und die Verwaltung verpflichtet ist, auch aus jugendhilfeplanerischen Gesichtspunkten, eine Anschlusslösung bzw. eine Übergangslösung zu finden für die Betreuung von Grundschulkindern nach dem Unterricht. Das bedeutet, dass es Horteinrichtungen in Bergisch Gladbach nicht mehr geben kann, weil die 1,2 Mio. € Landesmittel, die in die Finanzierung von Horten fließen, ab dem Jahr 2007 nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Diese können nicht durch Haushaltsmittel der Stadt Bergisch Gladbach ausgeglichen werden. Dies ist die Ausgangsposition. Die Alternative heißt aus Sicht der Verwaltung, andere Betreuungsformen zu entwickeln, die sowohl die Versorgungs-

Betreuungs- und Förderansprüche der Kinder verschiedenen Alters berücksichtigen. Diese müssen jedoch auch finanzierbar sein.

Herr Schnöring bekundet, dass er, wie Herr Hoffstadt und Herr Neuheuser, wenn die Vorlage heute beschlossen werden sollte, nicht zustimmen würde.

Herr Hoffstadt ist der Meinung, dass man nicht einzelne Teile aus der Diskussion streichen kann. Es muss die Möglichkeit gegeben sein, sich den Beschlussvorschlag insgesamt zu betrachten. Der Tagesordnungspunkt sollte vertagt werden.

Frau Wöber-Servaes drückt ihr Unverständnis dahingehend aus, dass einzelne Teile aus der Diskussion herausgehalten werden sollen und andere nicht.

Herr Kotulla weist noch mal darauf hin, dass eine Parallelförderung von Horten und Offenen Ganztagsgrundschulen nicht mehr zugelassen wird. Dies ist die Konsequenz dessen, was die Landesregierung vorschreibt. Sollte die Landesregierung in Zukunft anders entscheiden, würde auch ein anderes Konzept vorgelegt werden. Falls die Horte nicht geschlossen werden und Parallelförderung nicht zulässig ist, kann die Stadt die 1,2 Mio. € der Landesförderung nicht aus eigenen Mitteln zusätzlich finanzieren.

Herr Neuheuser spricht sich für die Ganztagschulen aus, da ab 2007 die Hortförderung wegfällt, da eine schlechtere Qualität der Betreuung besser sei, als gar keine Betreuung. Es geht hier um eine Einsparung, die beschlossen wurde, von 783.000 €. Seiner Meinung nach muss die Betreuung in den Horten in die Schulen verlagert werden. Nicht zu vertreten sind allerdings die Streichungen im Elementarbereich. Die Qualität der Betreuung muss aufrechterhalten werden, auch mit Blick auf die Bildungsmisere.

Frau Schöttler-Fuchs schließt sich den Ausführungen von Herrn Neuheuser an. Sie ist der Meinung, dass der Betrag von 783.000 € erst im Nachhinein hineingerechnet wurde, damit zum Schluss die Rechnung wieder aufgeht. Zuerst wurde das Haushaltssicherungskonzept beschlossen, dann kamen erst die Kürzungen vom Land.

Herr Hastrich erklärt, dass der Betrag von 783.000 € zum Zeitpunkt beschlossen wurde, als die Erlasslage Offene Ganztagsgrundschule bekannt war. Die Schließung aller Horte war stets Gegenstand der Diskussionen, weil davon ausgegangen wurde, dass das Landesrecht umgesetzt würde. Sollte sich in Zukunft eine andere Situation ergeben, kann auch über andere Lösungen gesprochen werden. In diesem Konzept ist die Schließung der Horte vorgesehen, weil hierdurch weitere Maßnahmen, die eine Weiterentwicklung des Betreuungsangebotes beinhaltet, insbesondere ein Ausbau der Versorgungsquote, vorgesehen ist. Der Rechtsanspruch für die 3 – 6-Jährigen soll gewährleistet werden. Gegenstand der Beratungen war auch immer die Betreuung der unter 3-Jährigen, die sog. Kleinen Altersgemischten Gruppen.

Neu in der Vorlage ist die Schaffung von weiteren integrativen Gruppen, die insofern eine Haushaltsersparnis mit sich bringen, weil ein Teil der Kosten, die die Stadt zu tragen hätte, bei integrativen Gruppen durch das Landessozialamt übernommen wer-

den.

Dies ist allerdings nur möglich unter der Voraussetzung, dass Räume in den bestehenden Kindertageseinrichtungen frei werden. Investivmittel für die Kindertageseinrichtungen sind schon in diesem Jahr nicht geflossen. Diese müssten durch die Stadt dann zu 100 % finanziert werden. Dies ist wiederum haushaltsmäßig nicht tragbar.

Herr Dr. Kassner ist der Meinung, wenn es eine pädagogisch sinnvolle Ganztagschule gäbe, dann wären Horte nicht nötig. Ausnahme hier ist die Hilfe zur Erziehung, diese soll natürlich weiterhin gegeben werden.

Die CDU-Fraktion hält an ihrem ursprünglichen Sparbeschluss fest.

Herr Pfarrer Kern wehrt sich entschieden gegen die Zwangsläufigkeit der Entwicklung, die dahin zu führen scheint, dass die Horte beseitigt werden sollen. Kennzeichen der Politik ist es, da wo geringe Mittel vorhanden sind, Gutes zu schaffen. Gute Politik schafft etwas ohne viel Geld. Mit Geld bauen kann jeder. Er versteht den geringen Handlungsspielraum der Verwaltung. Seiner Meinung nach ist es aber widersinnig, bei den Horten 2/3 der Mittel einzusparen, um diese dann in eine Betreuung fließen zu lassen, die qualitativ nicht gleichwertig ist. Auch die Eltern der Kinder, die in Horten versorgt werden, merken nun, dass es keine bessere qualitative Betreuung für ihre Kinder geben kann. Aus diesem Grunde kommt jetzt die Hortkampagne ins Rollen. Bis heute wurden landesweit weit über 100.000 Unterschriften gesammelt. Es setzt sich zunehmend der Gedanke durch, was durch die Streichung der Horte aufgegeben wird und ob das so gewollt ist.

Die katholische Kirche ist daher der Meinung, dass zuerst mit einer geringen Anzahl von Schulen die Offene Ganztagsgrundschule erprobt werden sollte, da eine flächendeckende gute Betreuung der Kinder gewährleistet werden soll, die in den Horten gegeben ist. Er sieht die Gefahr, dass es aus organisatorischen Gründen allein nicht möglich ist, alle Grundschulen gleichzeitig ans Netz zu bringen. Daher hält er erst einmal die Erprobung in einem kleinen Rahmen für sinnvoll. Gleichzeitig sollte das fundierte Angebot weiterhin bestehen bleiben. Die katholische Kirche wird dafür kämpfen, dass die Horte erhalten bleiben. Weitere Gespräche sind nötig.

Am wichtigsten ist die Aufrechterhaltung der bisher vorhandenen Qualität der Horte, die durch die dort arbeitenden Erzieherinnen und Erzieher geschaffen wird.

Die Gefahr besteht, dass diese Erzieher und Erzieherinnen entlassen werden müssen, nur aufgrund politischer Veränderungen.

Auf Anregung von Frau Bendig einigt sich der Ausschuss auf folgende Vorgehensweise:

Die Beschlussfassung über den Tagesordnungspunkt wird bis zu den Haushaltsplanberatungen vertagt.

~~<-@~~

10 Neues Finanzierungs- und Standortmodell für die Offene Jugendarbeit

@->

Herr Hastrich berichtet über den Fortgang der Gespräche. Am 25. November wurde die Situation mit den Fraktionssprechern erörtert. Auch in diesem Gespräch ist deutlich geworden, dass noch intensiv darüber nachgedacht werden muss, um ein neues

Konzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Bergisch Gladbach zu entwickeln. Die bisherige Zielvereinbarung ist schwerlich durchzuhalten.

In der Trägerkonferenz Offene Kinder- und Jugendarbeit am 01.12.2003 wurde die Gesamtheit der Träger darüber informiert, welche Ergebnisse in den Gesprächen mit den einzelnen Trägern, insbesondere mit der Evangelischen Kirche, erzielt worden sind. Auch wurden Denkmodelle vorgestellt, wie die Offene Kinder- und Jugendarbeit weiterentwickelt werden könnte.

Herr Kotulla weist noch mal darauf hin, dass es Veränderungen geben wird aufgrund der fehlenden Finanzmittel. Wenn das Land den Landesjugendplan halbiert, kann auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit in dem jetzt vorhandenen Maße nicht mehr geleistet werden. Lösungen müssen gefunden werden. Das kann so weit gehen, dass nur ein Teil der bewährten Träger übrig bleiben können.

Frau Wöber-Servaes führt aus, dass das Ziel im November 2002 war, im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 250.000 € einzusparen. Das Land kürzt nun zusätzlich massiv die Zuschüsse, so dass über 300.000 € eingespart werden müssen.

Frau Wöber-Servaes moniert, dass nun alle Einrichtungen, auch das erst kürzlich eröffnete Café Leichtsinn, möglicherweise in finanzieller Hinsicht beschnitten werden könnten.

Herr Neuheuser kann die Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit nicht mehr mittragen. Herr Neuheuser spricht sich für eine Tendenz zu Sozialräumen aus, wo wirklich Leute betroffen sind, denen man verstärkt Offene Jugendarbeit anbieten muss. Es müssen jedoch auch Angebote im freizeit- und kulturpädagogischen Bereich erhalten bleiben. Ein wichtiges Ergebnis der Jugendbefragung vor einigen Jahren war es, Treffpunkte für Jugendliche zu schaffen. Treffpunkte, die verkehrstechnisch gut zu erreichen sind, müssen erhalten werden. Ansonsten soll die Förderung auf kritische Sozialräume beschränkt werden.

Herr Hoffstadt erinnert an das Konzept der Verwaltung, 250.000 € im Wesentlichen durch Erzielen von Einnahmen einsparen zu wollen. Die Träger haben dem nicht entsprochen. Dann kam die Entwicklung der Landespolitik dazu. Neue Lösungen müssen nun gesucht werden. Man sollte zuerst über die Rahmenbedingungen sprechen. In der Vergangenheit gab es den Plan, flächendeckend offene Angebote für Jugendliche zu schaffen. Er ist der Meinung, dass man sich von der Flächendeckung verabschieden muss und stattdessen Schwerpunkte setzen muss. Herr Hoffstadt bittet die Verwaltung, zunächst einmal in einem Konzept Indikatoren darzustellen, nach denen dann entschieden werden kann. Dabei müssen die Leistungen, die die einzelnen Treffs erbringen, berücksichtigt werden, aber auch Sozialräume, die in besonderer Weise belastet sind beispielsweise durch Arbeitslosigkeit.

Herr Hastrich möchte dem Eindruck entgegenwirken, dass die freien Träger nicht willens gewesen wären, sich zu bewegen. Die 250.000 € sind allerdings nicht zustande gekommen. Es gibt eine Differenz von etwa 60.000 € plus eine Summe, die von einem Träger nicht näher beziffert wurde. Es haben über ein Jahr intensive Gespräche mit allen Trägern stattgefunden, die sowohl bereit waren finanzielle Abstriche zu machen, als auch sich konzeptionell im Sinne der hier beschlossenen Zielvereinbarungen zu verändern. Dann kamen die zusätzlichen Mittelausfälle durch die Veränderung im Landesjugendplan und das zwingt die Verwaltung, neue Wege zu beschreiten, da die

Träger diese Mittel nicht zusätzlich einsparen können. Eine Aufrechterhaltung aller 14 Standorte kann nicht durchgehalten werden.

Herr Schnöring erinnert an den Protesttag am 04. Dezember der Arbeitsgemeinschaft Offene Jugendarbeit. Er hofft auf die Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene, damit sich doch noch Änderungen ergeben.

Frau Bendig warnt davor, sich nur unter dem Gesichtspunkt von belasteten Gegenden mit Offener Kinder- und Jugendarbeit zu befassen. Es kann nicht sein, dass Jugendliche, die benachteiligt sind, nun alle Mittel erhalten und für die Kinder und Jugendlichen, die ihre Freizeit positiv gestalten, keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Deshalb muss man sich mit diesem Punkt sehr gründlich und vorsichtig befassen und ganz klare Kriterien dafür aufstellen, damit die Träger alle letztendlich zu ihrem Recht kommen.

Auch Frau Münzer ist der Meinung, dass man sich nicht nur auf diese Brennpunkte konzentriert. Es sollen auch weiterhin „normale“ Standorte aufrecht erhalten bleiben.

Herr Hastrich weist darauf hin, dass zügig ein Beschluss gefasst werden muss, weil die Mittel bereits in 2004 und 2005 fehlen werden. Auf Nachfrage von Herrn Hastrich bestätigt der Ausschuss, dass die Verwaltung eine Vorlage erstellen soll, die Kriterien und Indikatoren beschreibt, um sowohl sozialräumliche Schwerpunkte als auch freizeit- und kulturpädagogische Angebote in einem Gesamtkonzept zu berücksichtigen. Im nächsten Ausschuss sollen Prioritäten diskutiert werden, damit bei den Haushaltsberatungen entsprechende Beschlüsse gefasst werden können. Die Flächendeckung wird mit der Prioritätensetzung aufgegeben.

Ohne entsprechende Beschlüsse von Ausschuss und Rat ist absehbar, dass die Träger Entscheidungen treffen werden, da diese nicht in der Lage sind, die ausfallenden Fördermittel zu ersetzen.

Frau Wöber-Servaes regt noch einmal die Aufstellung eines Kriterienkatalogs an. Welche Kriterien setzt man an? Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen wissen, ob sie in Zukunft noch ihre Arbeitsstellen haben, die Kinder müssen wissen, ob sie ihre Einrichtung weiterhin besuchen können. Die Kinder sollen im Mittelpunkt stehen. Frau Wöber-Servaes sieht die Gefahr, soziale Brennpunkte zum Regelfall zu machen. Da es auch viele „normale“ Kinder gibt, die ebenfalls ihre Treffpunkte brauchen. Sie fragt nach dem Zeitablauf.

Frau Zanders gibt zu bedenken, dass aus den unproblematischen Kinder auch ggf. problematische Kinder werden können, wenn diese allein gelassen werden und sich auf der Straße wiederfinden würden.

Herr Hastrich erklärt, dass in der Sitzung des Ausschusses im Januar weiter diskutiert wird und im März im Zuge der Haushaltsberatung Finanzbeschlüsse gefasst werden müssen.

Herr Schnöring äußert, falls vom Land keine Mittel mehr fließen, Standorte geschlossen werden müssen. Der Fachausschuss wird dann entscheiden, um welche Standorte es sich dabei handelt. Letztendlich wird es um Stellenabbau und Schließungen gehen.

Frau Münzer bittet Herrn Hastrich eine Vorlage mit Standorten und Belegungszahlen zur besseren Information zu erstellen.

Herr Hoffstadt geht von 0 € Landesmitteln aus. Es muss eine Verlässlichkeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit geben für die Träger und deren Mitarbeiter, auf die sie sich langfristig einstellen können. Auch wenn die Mittel geringer sein sollten, muss mit den gegebenen Mitteln eine Verlässlichkeit gegeben sein.

Die Sitzung wird von 18.13 – 18.20 Uhr unterbrochen.

Frau Zanders verlässt die Sitzung um 18.15 Uhr. Herr Geurtz verlässt die Sitzung um 18.20 Uhr.

<-@

11 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Anfragen werden nicht gestellt.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 18.21 Uhr. <-@